

Der 13. August 1961 – Mauerbau –

Am 13. August 1961 wurde der Ring um Westberlin, das sind 45 km innerstädtische Sektorengrenze und ca. 116 km Umlandsgrenze, durch Mauer und Stacheldraht geschlossen. Die Mauer wurde zum Symbol für die menschenrechtswidrige Politik des kommunistischen Regimes und zum Sinnbild für die Teilung der Welt in zwei politische Lager. Und sie stellte eine tödliche Falle für die Menschen aus der DDR dar, die sich mit dieser gewaltsamen Teilung nicht abfinden wollten.

Das Sterben an der Demarkationslinie nach Westdeutschland begann jedoch schon früher. Die ersten Todesschüsse an der innerdeutschen Grenze fielen im Jahr 1949 durch die im Dezember 1946 gegründete Grenzpolizei. Die Grenzpolizei stand unter dem direkten Befehlsrecht sowjetischer Kommandeure, die auch auf Flüchtlinge schießen ließen. Angeordnet wurden die Todesschüsse durch den damaligen Chef der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland Marschall Wassili Sokolowskij. Administrativ unterstand die Grenzpolizei den Innenministern der Länder bzw. dem Präsidenten der Deutschen Verwaltung des Innern (DVdI).

Der erste „deutsche Schießbefehl“ wurde von der Deutschen Verwaltung des Innern, in der Waffengebrauchsvorschrift für das Gebiet der sowjetischen Besatzungszone am 6. Oktober 1947 erlassen. Diese Regelung gestattete der Grenzpolizei auf „Räuber, Banditen, bekannte Rückfalldiebe“ und auf „bedeutende Mitglieder der faschistischen Partei“ zu schießen. Geregelt wurde in dieser Vorschrift nicht, wie die Grenzpolizei in die Lage versetzt werden sollte, diese „Tätergruppen“ zu erkennen.²¹

Endgültig endete die Zuständigkeit der Länder für die Grenzpolizei am 31. Dezember 1950. Seitdem befanden sich alle Zuständigkeiten für die Grenzpolizei bei der Hauptverwaltung Grenzpolizei, die seit Ende 1949 in die Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei im Ministerium des Innern integriert worden war. Sitz der Hauptverwaltung Grenzpolizei war seit 1952 der Ort Pätz im Kreis Königs Wusterhausen. Im Mai 1952 wurde die Deutsche Grenzpolizei aus dem Ministerium des Innern herausgelöst und dem Ministerium für Staatssicherheit unterstellt. Und schon am 26. Mai 1952 erließ der Minister für Staatssicherheit Wilhelm Zaisser eine Polizeiverordnung zum Grenzregime, in der es im § 4 zum Schießbefehl heißt:

*„Das Überschreiten des 10-m-Kontrollstreifens ist für alle Personen verboten. Personen, die versuchen, den Kontrollstreifen in Richtung der Deutschen Demokratischen Republik oder Westdeutschland zu überschreiten, werden von den Grenzstreifen festgenommen. Bei Nichtbefolgung der Anordnung der Grenzstreifen wird von der Waffe Gebrauch gemacht.“*²²

Am 1. März 1957 wurde die Zuordnung der Grenzpolizei zum MfS revidiert und die Grenzpolizei wieder dem Ministerium des Innern (Mdl) unterstellt. Sie hatte sich inzwischen endgültig zu einer militärischen Formation entwickelt und ähnelte nach Stärke und Struktur leichten Infanterieregimentern.



Agitationsplakat von 1956.

Quelle: Titelbild der Geschichte der Bezirksparteiorganisation Potsdam der SED von 1955-1958, Teil 2, Potsdam 1986.

Am 15. September 1961 erfolgte die Umbenennung der Grenzpolizei in „NVA-Kommando Grenze“ sowie die endgültige Eingliederung in das Ministerium für Nationale Verteidigung. 1962 wurden die 8 Grenzregimenter von der Umlandsgrenze und die 4 Grenzregimenter von der Berliner Sektorengrenze der neu gebildeten Stadtkommandantur Berlin zugeordnet, die sich ihrerseits dann 1971 zum Grenzkommando Mitte umformierte. Zur Jahreswende 1973/1974 wurde das „NVA-Kommando Grenze“ aus der NVA ausgegliedert und in „Grenztruppen der DDR“ umbenannt. Sie unterstand als eigenständige Organisationseinheit aber weiterhin dem Ministerium für Nationale Verteidigung.

Durch die ständige Erhöhung der Militärpräsenz im Berliner Umland entwickelten sich viele Randgemeinden des Bezirkes Potsdam zu typischen Garnisonsorten der militärischen Grenzeinheiten. Betroffen von dieser Entwicklung waren vor allem die Gemeinden Schönerlinde, Ahrensfelde, Neuenhagen, Woltersdorf, Schönefeld, Großziethen, Teltow, Babelsberg, Groß Glienicke, Falkensee, Hennigsdorf, Hohen Neuendorf, Blumenberg und Blankenfelde.²³

Da es in der DDR nie freie Wahlen gab, vollzogen immer mehr Menschen bis zum Mauerbau diese Abstimmung mit den Füßen. Durch die Flucht versuchten sie sich den kommunistischen Verhältnissen zu entziehen.

Dieser Exodus setzte bereits in den letzten Kriegstagen ein. Viele Menschen flüchteten aus Angst vor der Roten Armee in die Westgebiete Deutschlands. Bis zur Gründung der DDR hatten ca. 438.700 Menschen die damalige Sowjetische Besatzungszone (SBZ) bereits verlassen. Im Jahr 1952 vertiefte sich die deutsche Spaltung. Das SED-Regime nahm den Beitritt der Bundesrepublik am 9. Mai 1952 zur „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ (EVG) zum Anlass, die knapp 1.400 Kilometer lange innerdeutsche Grenze in einen „Eisernen Vorhang“ umzuwandeln. Einzig die zum Teil unkontrollierbaren Flucht-



Am Vortag des 1. Mai 1956. Nach der Vereidigung erhielt als erster NVA-Verband das 1. Mot-Schützenregiment aus der Hand des Ministers für Nationale Verteidigung Generaloberst Willi Stoph die Regimentsfahne in Anwesenheit des amtierenden 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung Potsdam Eduard Götzl.

Foto: Geschichte der Bezirksparteiorganisation Potsdam der SED von 1955-1958, Teil 2, Potsdam 1986, S. 57.

möglichkeiten in und um Westberlin blieben ein „eiternder Stachel“ im Fleisch der DDR-Machthaber.

In den Jahren von 1949 - 1961 flohen vor allem aus politischen Gründen wie der Enteignung von Privatbetrieben, der Schließung der innerdeutschen Grenzen von 1952, den Verfolgungsmaßnahmen nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 und der Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft 2.686.942 Menschen aus der DDR.²⁴

Wegen der Nähe zu Westberlin war der Anteil der Flüchtlinge

aus dem Bezirk Potsdam immer extrem hoch. Einer statistischen Erhebung der Abteilung Information des MfS vom 21. Mai 1958 zufolge wurden von Januar bis März 1958 insgesamt 46.128 Personen flüchtig. Dabei war der Anteil der aus dem Bezirk Potsdam geflüchteten Menschen mit 4.935 am höchsten. Und dieser Flüchtlingsstrom nahm stetig zu. Von Januar bis August 1961 flüchteten nach MfS-Angaben insgesamt 166.865 Menschen, davon allein aus dem Bezirk Potsdam 20.979. Man kann davon ausgehen, dass die tatsächlichen Fluchtzahlen weitaus höher lagen. Die MfS-Analysen basierten auf den Meldungen der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei, die in der Regel um rund acht Prozent unter den entsprechenden westdeutschen Angaben lagen.²⁵

Am 13. Mai 1961 räumte der damalige Leiter der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Potsdam Oberstleutnant Mittig in der geheimen Verschlussache 123/61 die Ohnmacht der Sicherheitsorgane bei der Verhinderung der Fluchtbewegungen ein:

„Auswirkungen der ideologischen Einflussnahme des Gegners, die in der letzten Zeit sowohl durch Flugblätter, Presseveröffentlichungen, als auch durch vorhandene Agenturbasis verstärkt vorgenommen wurde, zeigt sich sowohl in der Grenzbevölkerung als auch in den Grenzsicherungsorganen der DDR. Insbesondere durch die schwankende Haltung zur Politik der Regierung der DDR. Anzeichen von politischer Passivität in der gesellschaftlichen Arbeit, wie auch in der Neigung zu einer zweiseitigen Orientierung über das politische Geschehen wurden festgestellt.

Sehr stark waren Anzeichen von Tendenzen zur Überbetonung der Bedeutung und Richtigkeit der Politik der Westmächte in der Westberlinfrage festzustellen. Ihren unmittelbaren Niederschlag fanden diese Erscheinungen in der politisch-ideologischen Situation der Grenzbevölkerung in einer weiteren Zunahme der Republikfluchten und der Grenzgänger.

Die unmittelbare Berührung mit dem Gegner und den von ihm



Am 28. Mai 1958 wurden in der DDR die Lebensmittelkarten abgeschafft. Die Rückseiten wurden vom Potsdamer Bezirksausschuss der Nationalen Front als Agitationsblätter für die Volkskammerwahl vom 16. November 1958 benutzt.

Foto: Geschichte der Bezirksparteiorganisation Potsdam der SED von 1955-1958, Teil 2, Potsdam 1986, S. 121.

ausgehenden Einflüssen wirken sich in zunehmenden Maße auf die Mitarbeiter und Angehörigen der Grenzsicherungsorgane der DDR aus. Die ideologischen Rückwirkungen dieser verstärkten Einflussnahme fanden ihren Niederschlag in solchen Erscheinungen wie Korruption, Desertion, Verweigerung der Befehlsausführung innerhalb des AZKW und der Deutschen Grenzpolizei.“²⁶

Das MfS hatte sich nicht nur mit den „Republikfluchten“ auseinander zu setzen, sondern sah sich gerade im Bezirk Potsdam einer Flut von „Grenzgängern“ gegenüber.

Schon seit der Jahrhundertwende fuhren viele Menschen aus dem industriell noch unterentwickelten Umland regelmäßig nach Berlin zur Arbeit. Bedingt durch die Währungsreform von 1948 wurde das Pendeln in die Westsektoren zusätzlich lukrativer. Der teilweise in Westmark ausgezahlte Lohn konnte zu einem inoffiziellen Umtauschsatz von 1:4 bis 1:6 in Ostmark getauscht werden, so dass viele der traditionell in den Umlandbetrieben Beschäftigten sich einen Arbeitsplatz in den Westsektoren suchten. Dies blieb nicht ohne Folgen für die ohnehin schon unter chronischem Arbeitskräftemangel leidende DDR-Wirtschaft. Noch schwerwiegender wurde vom MfS jedoch der ideologische Schaden eingeschätzt. Selbst wenn ein Arbeiter in Westberlin unter Tarif bezahlt wurde, hatte er immer noch spürbare Vorteile gegenüber den in den Ost-Betrieben Beschäftigten. Der dadurch vielerorts entstandene Sozialneid wurde von offizieller Seite noch geschürt, so dass die Kampagnen gegen die Grenzgänger nicht nur von den Systemanhängern befürwortet wurden.

In der Tat nahm die Anzahl der Grenzgänger besonders im Bezirk Potsdam in den Jahren vor 1961 drastisch zu. Im 2. Situationsbericht des Bezirkswahlbüros des Rates des Bezirks Potsdam vom 31. Juli 1961 hieß es dazu:

„Insgesamt schätzen wir aber ein, dass die Tätigkeit mit den Grenzgängern erst in den Anfängen steckt. Bei uns gibt es



[Redacted]

/ *Blusen - Röcke* / *Engros*
Eigene Werkstätten / *Export*

BERLIN-CHARLOTTENBURG I / [Redacted]

BSIU
060279

Telefon: Sauerb-St. [Redacted]
Debitort: [Redacted] Berlin
Postbank-Konto: Berlin West [Redacted]
Bank-Konto: Berliner Bank
[Redacted] Konto-Nr. [Redacted]

L
Hr. Zähler

Hr. Kreditör

Hr. Zähler

Hr.

B e s c h e i n i g u n g .

Frl. [Redacted], Kleinmachnow, [Redacted] ist bei uns seit dem 21.11.1956 als Näherin beschäftigt.
Ihr wöchentlicher Nettoverdienst wird zu 40% in DM-West und 60% in DM-Ost ausbezahlt.

[Redacted]

Berlin-Charlottenburg I

[Redacted]

Telef. Sa-Nr. [Redacted]

Bln.-Charlbg., den 21. Okt. 1957

Arbeitsbescheinigung einer DDR-Bürgerin vom 21. Oktober 1957.
Quelle: BSTU, MfS, BV Potsdam, STA 2004, Bd. I, Bl. 279.

ca. 20.000 Grenzgänger und bisher haben erst 238 Erklärungen abgegeben, ihr Arbeitsverhältnis in Westberlin zu lösen und bei uns zu arbeiten. Aber erst 57 haben nachweislich ihre Arbeit in der DDR aufgenommen.“²⁷

Und auch der Anstieg der Republikfluchten hatte unmittelbare Auswirkungen auf wichtige Lebensbereiche des Bezirkes. So berichtete am 14. März 1960 der MfS-Mitarbeiter der Abteilung , Oberstleutnant Härtwig, der in der MfS-Bezirksverwaltung Potsdam gebildeten „Kommission Staatsapparat“ über die teilweise katastrophale Situation auf dem Gebiet der Volksbildung:

*„Gen. Oberstleutnant Härtwig machte noch aufmerksam auf die steigende Tendenz der Republikflucht von Lehrern. So sind im Schuljahr 1959/60 bereits 52 Lehrer republikflüchtig geworden. Davon im Monat Januar 12 Lehrer und im Februar 18 Lehrer.“*²⁸

Der MfS-Leiter der Abteilung V, Hauptmann Zörner, berichtete zur gleichen Problematik am 16. September 1960:

*„Es gibt Schulen, in denen der Unterricht nicht mehr gewährleistet ist. Die gefährliche Situation bei den R-Fluchten von Lehrern und Erziehern ist dadurch gekennzeichnet, daß in Westdeutschland sehr viele Lehrer benötigt werden, demzufolge r-flüchtige Lehrer nur einige Tage im Lager Marienfelde verbleiben und dann nach Westdeutschland ausgeflogen werden und dort gleich eine Anstellung zugewiesen erhalten.“*²⁹

Die umfassenden Kontrollen und Überwachungen der Bevölkerung im Berliner Umland, die vor allen Dingen die „Republikfluchten“, aber auch den Schmuggel von hochwertigen Industriewaren bis hin zu Lebensmitteln nach Westberlin verhindern sollten, waren bis zum Bau der Berliner Mauer nur begrenzt erfolgreich.

Bereits in den 50-er Jahren wurden 86 Gemeinden in den Kreisen Oranienburg, Nauen, Potsdam (Land), Zossen, Königs-

Wusterhausen und zusätzlich einige Stadtgebiete von Potsdam als Sicherheitsbereiche eingestuft. Seit dieser Zeit wurde der Versuch unternommen, diese Gebiete systematisch von so genannten unzuverlässigen Personengruppen zu „säubern“. Die Bevölkerung unterlag in diesen Sicherheitsbereichen einer ständigen Observierung. Wer als „unzuverlässig“ galt, musste damit rechnen, umgesiedelt zu werden.

Nach dem Mauerbau am 13. August 1961 gingen die örtlichen Organe der Staatsmacht bei den Zwangsumsiedlungen noch drastischer vor. So wurden am 3. Oktober 1961 unter der MfS-Bezeichnung „Aktion Festigung“ in einer Nacht- und Nebelaktion 3.165 Personen aus den Grenzsperrgebieten der Bezirke Rostock, Schwerin, Magdeburg, Erfurt, Suhl, Gera und Karl-Marx-Stadt ausgesiedelt. Im Bezirk Potsdam erhielten die örtlichen Organe des Bezirkes mit der am 24. August 1961 per Gesetz in Kraft getretenen „Verordnung über die Aufenthaltsbeschränkung“ für ihre geplanten Zwangsumsiedlungen aus den Grenzgebieten sogar ein legales Mittel in die Hand. Im § 3 Abs. 1 dieser Verordnung hieß es:

*„Auf Verlangen der örtlichen Organe der Staatsmacht kann, auch ohne das die Verletzung eines bestimmten Strafgesetzes vorliegt, durch Urteil des Kreisgerichts einer Person die Beschränkung ihres Aufenthalts auferlegt werden, wenn durch ihr Verhalten der Allgemeinheit oder dem einzelnen Gefahren entstehen oder die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedroht ist.“*³⁰

Auf der Grundlage dieser Verordnung erhielten viele Bürger aus den Grenzgebieten des Bezirkes Potsdam bereits kurz nach der Grenzschießung Urteile zugestellt, in denen ihnen die Aufenthaltsbeschränkung für alle Grenzgebiete (einschließlich Berlin) ausgesprochen wurde. Gleichzeitig mit dieser Anordnung wurde ihnen ein neuer Wohnort zugewiesen. Wie viele Bürger von diesen Maßnahmen im Bezirk Potsdam betroffen waren, ist bis heute nicht geklärt.



Aus dem Bildbericht des MfS vom September 1956 über die Baustellen am Berliner Außenring – hier die Baustelle am Templiner See.
Quelle: BStU, MfS, BV Potsdam, Objektvorgang 110/58, Bd. V, Bl. 264.

Aber diese Verordnung gab den Sicherheitsorganen noch ein weiteres Zwangsmittel in die Hand. Mit dieser Verordnung konnten nicht arbeitswillige Grenzgänger einfach in Arbeitslager eingewiesen werden. Davon betroffen waren auch die Bauern, die sich einer Zwangskollektivierung nach wie vor widersetzen. Laut einer Einschätzung des Chefs der BDVP Potsdam vom 4. Oktober 1961 wurden auf Grund dieser Verordnung 147 Personen, hauptsächlich aus den Grenzkreisen des Bezirkes Potsdam, zwangsweise in Arbeitslager eingewiesen.³¹

Und die Disziplinierungsanstrengungen machten auch nicht vor den Bürgermeistern halt. Eine ihrerseits nur ansatzweise schwankende Haltung zum Mauerbau wurde auf keinen Fall toleriert. Nach gründlichen Überprüfungen durch das MfS, die noch vor den „Volkswahlen“ am 17. September 1961 stattfanden,

wurden die Bürgermeister von Werder, Glindow, Schmergow, Bochow, Bliesendorf, Seddin, Fresdorf, Schönefeld und Ruhlsdorf von ihren Funktionen entbunden.³²

Im Frühjahr 1961 mehrten sich die Anzeichen, dass die DDR-Machthaber nicht mehr gewillt waren, diese Massenflucht weiter hinzunehmen. Dazu gehörten Schauprozesse gegen „Menschenhändler“ sowie verschärfte öffentliche Kampagnen gegen die Grenzgänger. Selbst offizielle Genehmigungen zur Übersiedlung nach Westdeutschland oder „Westberlin“ wurden so gut wie nicht mehr erteilt.

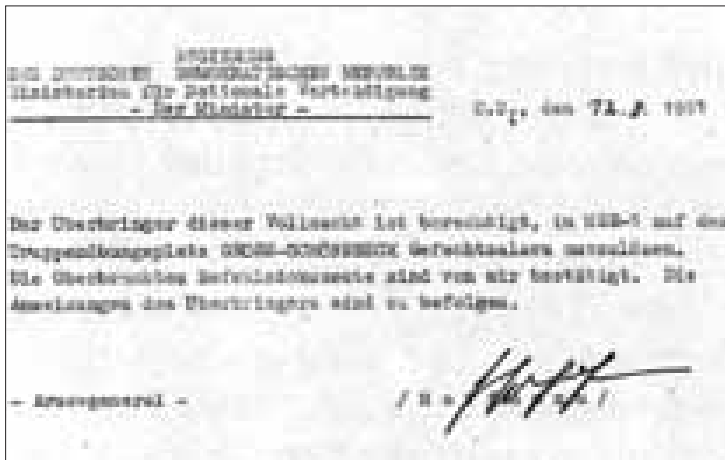
Seit 1952 gab es bei der SED-Führung Überlegungen zur Abriegelung „Westberlins“. Entsprechende Pläne scheiterten jedoch an der fehlenden Zustimmung der Sowjetunion.³³ Lange Zeit fehlte zur Umsetzung dieser Pläne eine wichtige Voraussetzung: der verkehrstechnische Verbund des Berliner Außenrings, der um „Westberlin“ herum führen musste. Wie hoch dieses Bauvorhaben politisch angesiedelt war, zeigt, dass bereits die Bauplanung 1952/1953 unter Kontrolle des stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR und die Bauphasen unter direkter politischer Anleitung des Parteiorganitors des ZK der SED standen. Bestandteil dieses Bauvorhabens war auch der für damalige Verhältnisse komplizierte Dammbau für die Brücke über den Templiner See. Das Bauvorhaben stand von Beginn an unter Kontrolle der BV Potsdam des MfS. So wurden in Zusammenarbeit mit der Transportpolizei und der Volkspolizei bis zu 6.000 Beschäftigte fahndungsmäßig überprüft. Der Leiter der Abt. XIII der BV Potsdam musste seinem BV-Leiter wöchentlich Bericht über den Stand der Bauarbeiten und über besondere Vorkommnisse erstatten.³⁴

Außenpolitisch führten zwei Ereignisse im April 1961 zur Festigung der Machtposition des sowjetischen Partei- und Staatschefs Chruschtschow. Zum einen demonstrierte die Sowjetunion mit dem Gelingen des ersten bemannten Weltraumfluges eine auf diesem Gebiet technologische Überlegenheit. Zum anderen scheiterte der amerikanische Geheimdienst CIA mit der Landung von exilkubanischen Kämpfern in der Schweinebucht der kubanischen Karibikinsel. Außerdem setzte in der DDR ein weiterer dramatischer Anstieg der Flüchtlingszahlen ein. Die Forderung Moskaus nach einem einseitigen Abschluss eines Friedensvertrages mit der DDR und der Ulbricht-Satz vom 15. Juni 1961 – „Niemand hat die Absicht eine Mauer zu errichten“ – steigerten das schon vorhandene Misstrauen in der Bevölkerung. Überdies erhielt Chruschtschow klare Signale aus den USA, dass man zwar gewillt war „Westberlin“ zu verteidigen, aber Ostberlin nicht mit allen Mitteln offen halten würde.

Die endgültige Zustimmung der UdSSR zum Mauerbau erfolgte wohl am 5. August 1961, dem letzten Tag einer Konferenz der Warschauer Vertragsstaaten in Moskau. Die Zusage Chruschtschows war an die Verpflichtung Ulbrichts geknüpft, „keinen Millimeter“ mit dem zu ziehenden Stacheldraht über die Absperrung der Sektorengrenzen hinaus zugehen. Erst wenn ersichtlich wurde, dass die westliche Seite nicht mit einschneidenden Gegenmaßnahmen reagierte, sollte mit massiven Befestigungen begonnen werden dürfen. Unter strengster Geheimhaltung weihte Ulbricht nur den Minister für Staatssicherheit Erich Mielke, Innenminister Karl Maron, Verteidigungsminister Heinz Hoffmann und Verkehrsminister Erwin Kramer in die Vorbereitungen seiner Abriegelungspläne ein. Erst einige Tage später wurde Erich Honecker zum Stabschef des Einsatzstabes berufen, der sich am 9. August im Ostberliner Polizeipräsidium bildete.³⁵



Erstausgabe zur Fertigstellung des Berliner Außenrings vom 29. September 1956.
Quelle: Geschichte der Bezirksparteiorganisation Potsdam der SED von 1955-1958, Teil 2, Potsdam 1986, S. 69.



In der Nacht vom 12. zum 13. August 1961 löste Armeegeneral Heinz Hoffmann den Gefechtsalarm für das 1. Motorschützenregiment in Groß-Schönebeck aus.

Quelle: Armee für Frieden und Sozialismus, Militärverlag der DDR 1985, S. 244.

In einer außerordentlichen Dienstbesprechung schwor Erich Mielke am 11. August 1961 auch seine Führungskräfte des Ministeriums und die Leiter der Bezirksverwaltungen auf die kommenden Ereignisse u. a. mit folgenden Worten ein:

*„Was ist die Hauptfrage: Größte Wachsamkeit üben, höchste Einsatzbereitschaft herstellen und alle negativen Erscheinungen verhindern. Kein Feind darf aktiv werden, keine Zusammenballung darf zugelassen werden. Wenn in den nächsten Tagen entscheidende Maßnahmen beschlossen werden, muß jegliche Feindtätigkeit verhindert werden. Darum müssen wir in den Kreisen und Bezirken die genaue Übersicht über die Lage, besonders die feindlichen Kräfte, kennen. Die Kontrolle über die feindlichen Kräfte ist von größter Bedeutung.[...] Die gesamte Aktion erhält die Bezeichnung „Rose“.“*³⁶

Am 12. August unterzeichnete Ulbricht die entsprechenden Einsatzbefehle. In allen Kasernen und Dienststellen der Nationalen Volksarmee wurde um Mitternacht der Gefechtsalarm ausgelöst. Die Soldaten mussten in voller Ausrüstung zum Appell antreten. Ihnen wurde der Beschluss des Ministerrates vom 12. August 1961 verlesen und sie wurden über die bevorstehende Grenzschießung informiert. Die Truppen erhielten den Auftrag, die in vorderster Linie stehenden „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ im Berliner Stadtgebiet und im Bezirk Potsdam im Hinterland abzusichern. An diese spannungsgeladenen Stunden erinnerte sich Armeegeneral Heinz Hoffmann wie folgt:

*„Ich weiß noch wie wir damals die Stäbe und Verbände der Volksarmee – durch bestimmte Truppenbewegungen getarnt – heranführten. Erich Honecker rief mich nachts an, gab mir die X-Zeit und sagte: Die Aufgabe kennst du! Marschier!“*³⁷

Die von der SED-Führung befürchtete große Protestwelle auf den Mauerbau blieb aus. Das lag zum einen daran, dass viele DDR-Bürger, die flüchten wollten, dies längst in die Tat umgesetzt hatten, zum anderen daran, dass die monatelangen Argumentationen der SED gegen die Grenzgänger bei vielen DDR-Bürgern Zustimmung gefunden hatten, und schließlich auch daran, dass ein großer Teil der Bürger die Schließung der Grenzen nur als eine vorübergehende Maßnahme der DDR-Macht-haber ansah. Auch die Erfahrungen der DDR-Bevölkerung mit dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953, die verbunden waren mit der bedrohlichen Präsenz der sowjetischen Streitkräfte, trugen zur Resignation bei und verhinderten einen offenen Widerstand.

Auch war die SED Führung besser als 1953 auf eine Ausnahmesituation vorbereitet. Sie hatte aus ihren traumatischen Erfahrungen mit dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 ihre Lehren gezogen. So wurde bereits am 16. Juli 1953 in einer geheimen Verschlussache die Konstituierung von Einsatzlei-



Appell der Potsdamer Kampfgruppen zum 8. Jahrestag der DDR, 1957, auf dem Potsdamer Platz der Nationen.
Foto: Geschichte der Bezirksparteiorganisation Potsdam der SED von 1955-1958, Teil 2, Potsdam 1986, S. 102.



Im Tagesverlauf des 13. August 1961 überzeugte sich Heinz Hoffmann im Grenzgebiet zu Westberlin von der Umsetzung seiner Befehle.
Quelle: Armee für Frieden und Sozialismus, Militärverlag der DDR 1985, S. 246.

tungen - bei Gefährdung der öffentlichen Sicherheit - angeordnet. Diese Anordnung erhielt auch der damalige Vorsitzende des Rates des Bezirkes Potsdam, Josef Stadtler. Die Einsatzleitung in Potsdam sollte sich von diesem Zeitpunkt an wie folgt zusammensetzen:

„1. Zusammensetzung der Einsatzleitung:

- a) der Vorsitzende des Rates des Bezirkes, der zugleich als Leiter der Einsatzleitung fungiert;
- b) der 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED;

c) der beauftragte Offizier der KVP und der Grenzpolizei;
d) der Leiter der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei;
e) der Leiter der Bezirksverwaltung des Staatssicherheitsdienstes.“³⁸

Die Zusammensetzung dieser Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen hatte bis 1989 Bestand. Nur der Vorsitz wurde ab 1960 den jeweiligen 1. Sekretären der SED-Bezirks- und Kreisleitungen übertragen.

Im Bezirk Potsdam war der damalige 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Kurt Seibt in enger Zusammenarbeit u. a. mit dem Leiter der MfS-Bezirksverwaltung Potsdam Oberstleutnant Mittig in der Bezirkseinsatzleitung für die Umsetzung des reibungslosen Ablaufes der Grenzschießung verantwortlich.

Sie setzten in der Nacht vom 12. zum 13. August 1961 die Befehle um, alle Übergänge nach West-Berlin zu schließen und den Verkehr auf den S-Bahnlinien vom Berliner Umland zum Westteil der Stadt völlig einzustellen. Die paramilitärischen „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ besetzten zusammen mit bewaffneten Volkspolizei-Einheiten direkt die Grenzlinie. Damit sollte der Eindruck erweckt werden, dass die Grenzschießung ein Willensakt der „Arbeiterklasse“ sei. Unterstützt wurden diese Maßnahmen von einem großen Militäraufgebot der Nationalen Volksarmee, die zwölf ihrer Regimenter zur Abriegelung der Westsektoren und für den Bau der Mauer einsetzte. Davon waren acht Grenzregimenter für die Umlandsgrenze und vier für die Berliner Sektorengrenze verantwortlich. Außerdem wurde eine Flut von SED-Agitatoren an Brennpunkte des Bezirkes, wie z. B. an die Bahnhöfe der S-Bahn-Endpunkte, in eiligst einberufene Betriebsversammlungen sowie in die grenznahen Gemeinden geschickt. Um ein größeres Chaos im Verkehrsverbund zu verhindern, mussten neue Strecken beim Busverkehr geplant und ein zeitweiliger Pendelverkehr, überwiegend zu den Großbetrieben, eingerichtet werden.

Die Planung ging so weit, dass in den grenznahen Gaststätten

der Alkoholausschank eingeschränkt und die Gaststätten im Grenzgebiet geschlossen wurden. Die Bewohner in unmittelbarer Grenznähe wurden erfasst, überprüft und der spätere Zuzug auf einen besonders ausgesuchten Personenkreis beschränkt. Die ehemaligen Grenzgänger wurden registriert und sofort an Betriebe vermittelt.

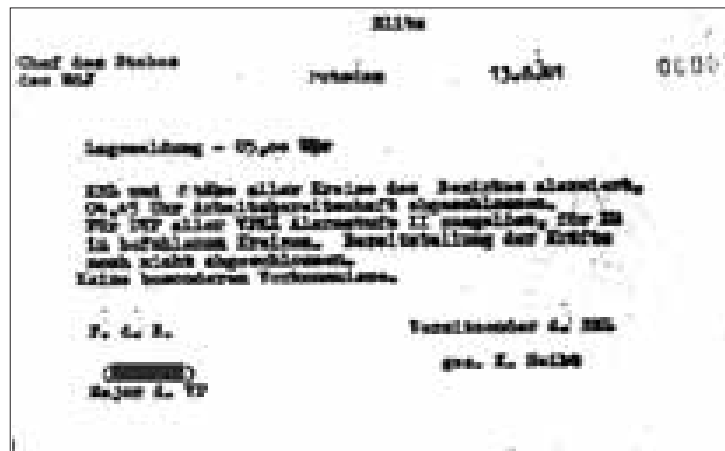
Der Bezirk wurde mit Propagandamaterial überschwemmt. Gleichzeitig entwickelte sich zu beiden Seiten der Grenze eine Propagandaschlacht, die über mobile Lautsprecherwagen zwischen den Sendern „Studio 13. August“ auf DDR-Seite und dem „Studio am Stacheldraht“ auf „Westberliner“ Seite ausgetragen wurde.³⁹

Um jeglichen Widerstand von vornherein zu brechen, wurden durch die Sicherheitsorgane, laut Berichterstattung der einzelnen Kreisdienststellen des MfS, in der Zeit vom 13. August bis zum 16. September 1961 ca. 360 Personen wegen ihrer negativen Äußerungen zum Mauerbau im Bezirk Potsdam verhaftet und zum Teil in Schnellverfahren abgeurteilt.

In einem Bericht der KD Jüterbog vom 21. September 1961 hieß es dazu:

„[...] insbesondere in der Zeit nach dem 13.8.61 traten die negativen und klassenfeindlichen Elemente im Kreisgebiet besonders stark und offen in Erscheinung. So wurden in der Zeit vom 13.8.61 – 15.9.61 28 Verfahren durch die Volkspolizei wegen staatsgefährdender Propaganda und Hetze, Staatsverleumdung, sowie Widerstand gegen die Staatsgewalt eingeleitet, wovon bisher 23 verhandelt wurden. Aus diesen Verfahren wurden insgesamt 30 Personen inhaftiert und mit Gefängnis bzw. Zuchthausstrafen abgeurteilt.“⁴⁰

Nach dem Bau der ersten Grenzsicherungsanlagen war für die Sicherung der Berliner Umlandsgrenze die 2. Grenzbrigade mit den Grenzbrigaden Groß-Glienicke und Blankenfelde verantwortlich. Zu ihr gehörten im Dezember 1961 ca. 4.500 Bereitschaftspolizisten, von denen im täglichen 8-Stunden-



Blitztelegramm des Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitung Potsdam Kurt Seibt vom 13. August 1961, 5.00 Uhr.
Quelle: BLHA, Rep. 471/15.1, Nr.218,Bl.1.

dienst jeweils 356 Postenpaare und 7 Bootsbesatzungen eingesetzt wurden.

Die schon vorher kontrollierte Umlandsgrenze im Bezirk erhielt Gräben und einen Stacheldrahtzaun, der in den nächsten Tagen durch Drahtsperrern oder Drahtrollen, spanischen Reitern, Maschendrahtzaun und Baum- oder Höckersperrern verstärkt wurde. Nach wenigen Wochen wurden sie durch eine Mauer mit Beobachtungstürmen verstärkt. Baumaterialien und Maschinen standen aus der gesamten DDR zur Verfügung. Die Arbeitskräfte hatten vor allem die Betriebe des Bezirkes Potsdam bereitzustellen.

Trotzdem wurden die DDR-Machthaber in den ersten Monaten nach der Grenzschließung von der unerwartet hohen Anzahl der Grenzdurchbrüche überrascht, darunter der so spektakuläre Fluchtversuch wie der am 5. Dezember 1961 erfolgte Durchbruch des Personenzuges PS 2192. Dieser Zug hatte erfolgreich

Postle.zf. MfS, 84	Antz. 00	Postle.zf. L.P., 84	Antz. 00	Ins. Tag	Antz. 00	Bezeichnung
100	54	107	3	0	0	Berlin u.d. 10. 07. 60
200	27	148	64	0	-	Staatsverleumdung § 10
3	0	-	-	-	-	Regelung 1027 07. 60
104	42	104	02	0	0	Verst. d. 1. 12. 60
21	1	4	-	0	-	Widerstand gg. Staatsgew.
30	54	14	71	-	-	Ill. d. 1. 12. 60
10	-	0	-	-	-	Verst. d. 1. 12. 60
1	-	-	-	-	-	Verst. d. 1. 12. 60
10	1	0	0	0	-	Ill. d. 1. 12. 60
10	3	0	3	-	-	Verst. d. 1. 12. 60
14	-	0	-	-	-	Verst. d. 1. 12. 60
104	14	21	02	0	-	Verst. d. 1. 12. 60
7	-	0	-	-	-	Verst. d. 1. 12. 60
0	-	-	-	-	-	Verst. d. 1. 12. 60
1	-	1	-	0	-	11. 01. 70 07. 60
20	3	20	3	4	0	Staatsl.
1148	100	343	78	10	3	Gesamt

Aus dem Bericht des Kommandeurs der bewaffneten Kräfte der Polizei im Bezirk Potsdam, Oberst Münchow, geht hervor, dass sich die Zahl der wegen Staatsverleumdung oder Hetze verhafteten Menschen bis zum 1. Oktober 1961 auf 613 erhöht hatte.

Quelle: BLHA, Rep. 471/15.1, Nr.218,Bl.297.

um 20.47 Uhr mit 25 Personen die Grenzsperrern bei Albrechtshof durchbrochen und unbeschadet Westberliner Gebiet erreicht. ⁴¹

Allein in den Monaten August und September verzeichnete der Chef der BDVP Potsdam 133 Grenzdurchbrüche, an denen 220 Personen beteiligt waren. Davon konnten durch die Grenzpolizei nur 43 Fluchtversuche verhindert und dabei 74 Personen verhaften werden. ⁴²

Deshalb forderte am 20. August 1961 der in der Potsdamer Bezirkseinsatzleitung für die VP zuständige Oberst Münchow eine eindeutige Regelung über die Anwendung der Schusswaffe für die Grenzpolizei. ⁴³

Eine diesbezügliche Regelung traf der bereits formal aufgelöste zentrale Einsatzstab in Berlin. Er trat am 20. September 1961 noch einmal zusammen. Unter der Devise – „alle Durchbruchversuche müssen unmöglich gemacht werden“ – erließ Stabschef Erich Honecker den unheilvollen Schießbefehl:

„Gegen Verräter und Grenzverletzer ist die Schusswaffe anzuwenden. Es sind solche Maßnahmen zu treffen, daß Verbrecher in der 100-Meter-Sperrzone gestellt werden können. Beobachtungs- und Schussfeld ist in der Sperrzone zu schaffen.“ ⁴⁴

Grenzdurchbrüche und Fluchtversuche mit allen Mitteln zu verhindern, blieb nach dem Mauerbau weiterhin ein Schwerpunkt in der Arbeit des MfS. Dies unterstrich am 15. Dezember 1975 der damalige Leiter des MfS der Bezirksverwaltung Potsdam, Oberst Leibholz:

„Die im Bezirk Potsdam in den letzten Jahren erreichten Ergebnisse und gewonnenen Erkenntnisse bei der Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels unterstreichen die im Befehl 1/75 getroffene Einschätzung, das im Rahmen der gegen den Sozialismus gerichteten subversiven Tätigkeit die Organisation des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels eine Hauptrichtung des feindlichen Vorgehens ist.“ ⁴⁵

Viele weitere Unterlagen bezeugen den hohen Stellenwert, den die Sicherung der Grenze für den Machterhalt der SED-Führung und damit für das MfS hatte. So wies am 30. Juni 1983 der inzwischen zum Generalmajor beförderte Leibholz in einer vertraulichen Verschlussache nochmals nachdrücklich auf die



Systematisch wird in den Wochen nach der Grenzschließung die Grenze weiter befestigt.

Quelle: Armee für Frieden und Sozialismus, Militärverlag der DDR 1985, S. 263.

strikte Einhaltung der erteilten zentralen und bezirklichen Weisungen zur „vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der spektakulären ungesetzlichen Grenzübertritte“ hin. Die Leiter der operativen Diensteinheiten der BV-Potsdam sollten aus einer verhinderten Flucht aus dem Raum Erfurt (hierbei handelte es sich um einen durch die BV-Erfurt verhinderten Versuch zweier Familien, mit einem selbst gefertigten motorgetriebenen Drachengleiter die Grenze zu überwinden) folgende beispielhaften Lehren ziehen:



In der Nacht vom 3. zum 4. Dezember 1961 werden Betonplatten für den weiteren Ausbau der Grenze zu Westberlin montiert.

Quelle: Armee für Frieden und Sozialismus, Militärverlag der DDR 1985, S. 263.

„- [...] die zielstrebige Suche nach operativ-bedeutsamen Merkmalen für die Vorbereitung spektakulärer Grenzdurchbrüche unter Nutzung aller operativen Kräfte, Mittel und Methoden des MfS sowie durch Mobilisierung progressiver Bürger der DDR ist beharrlich fortzusetzen,
- die sich aus der langfristigen Vorbereitung der Täter und den damit verbundenen objektiven Handlungen ergebenden operativen Möglichkeiten sind noch bewusster bei der Auftragserteilung und Instruierung der IM und GMS zu berücksichtigen.“⁴⁶



Die Grenzanlagen
an der Sacrower Kirche, 1961.
Foto: BStU, MfS, HA I/FO/26, Bild 59.



Die Grenzanlagen
an der Sacrower Kirche, 1984.
Foto: BStU, MfS, HA I/FO/25, Bild 110.



Erich Honecker, Willi Stoph und Heinz Hoffmann am 8. September 1980 auf dem Weg zur Eröffnungskundgebung anlässlich des Manövers „Waffenbrüderschaft 80“ in Potsdam.

Foto: Armee für Frieden und Sozialismus, Militärverlag der DDR 1985, S. 605.

„... der Öffentlichkeit wirksamkeit“ wieder. Das inzwischen zum Teil erworbene internationale Ansehen der DDR sollte auf keinen Fall durch Fluchtversuche beschädigt werden und die innenpolitisch zur Schau gestellte scheinbare Volksverbundenheit gewahrt bleiben. Auch deshalb blieb das Grenzproblem beim MfS bis zum Fall der „Berliner Mauer“ ein immer aktuelles Thema. Dessen Bedeutung spiegelt sich auch in der Struktur der Hochschule des MfS wider. So wurde an der Sektion „Politisch-operative Spezialdisziplin“ eigens ein Lehrstuhl „Staatsgrenze“ eingerichtet. Auch die am häufigsten behandelten Themenkomplexe der Diplomarbeiten sind ein Spiegelbild der Hauptinteressengebiete des MfS. An erster Stelle mit 600 Diplomarbeiten stand das Thema „IM-Tätigkeit“, bereits an

zweiter Stelle mit 200 Diplomarbeiten die Thematik „Grenze, Grenztruppen, Grenzübergänge“.⁴⁸

Am 25. Juli 1986 wies der Stellvertreter Operativ der BV Potsdam, Oberst Hauck, nochmals auf die schwierige territoriale Lage des Grenzverlaufs im Bezirk Potsdam hin:

„Die zu sichernde Staatsgrenze zu Berlin (West) verläuft im Bezirk Potsdam in einer Gesamtlänge von 119,2 km (davon 107,6 km Land- und 11,6 km Wassergrenze; mit teilweise überlappten Sicherungsabschnitten).

Direkt an der Staatsgrenze liegen 6 politische Kreise, die durch 5 Kreisdienststellen des MfS gesichert werden.

Die militärische Sicherung der Staatsgrenze zu Berlin (West) wird durch

4 Grenzregimenter (GR) mit insgesamt

20 Grenzkompanien (GK)

2 Bootskompanien (BK)

4 Güst-Sicherungskompanien (Güst-SiK)

(Güst=Grenzübergangsstellen)

1 Güst-Sicherungszug gewährleistet.

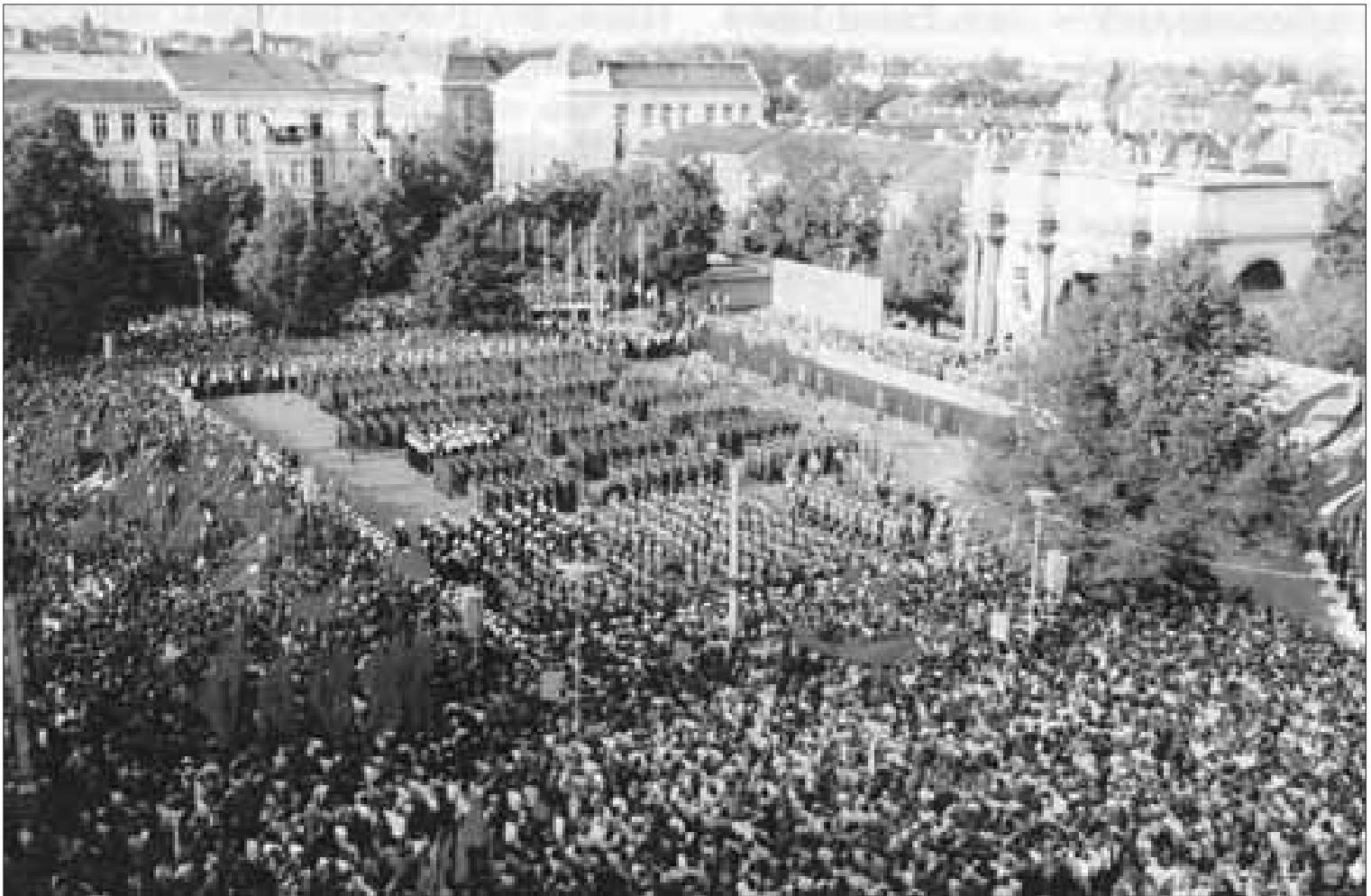
Das unmittelbare Sperrgebiet weist eine stark differenzierte Tiefe zwischen 20/30m bis ca. 400m auf. Das Sperrgebiet und das unmittelbar angrenzende Hinterland wird durch teilweise dicht besiedelte Territorien charakterisiert (Wohngebiete mit Betrieben u.a. Einrichtungen sowie Naherholungszentren).

Im unmittelbaren Sperrgebiet befinden sich insgesamt:

14 Grenzübergangsstellen nach Berlin (West) (davon werden 13 Güst durch die Abteilung VI der BV Potsdam und 1 Güst – Rudower Chaussee – durch die HA VI geführt).

Alle Transitwege (Straße, Schiene, Wasser) verlaufen durch das Sperrgebiet und das grenznahe Hinterland.

Ein weiteres Charakteristikum bilden WB-Territorien, die im Sperrgebiet bzw. im unmittelbar angrenzenden Hinterland auf dem Territorium des Bezirkes liegen und ständig bzw. zeitwei-



Auch für die Regierungsmitglieder wurde eine „Scheinwelt“ geschaffen.
Extra für die Eröffnungskundgebung auf dem Potsdamer Platz der Nationen
bekamen die den Platz umgebenden Häuserfassaden einen neuen Anstrich.
Foto: Armee für Frieden und Sozialismus, Militärverlag der DDR 1985, S. 605.

lig durch Bürger aus Berlin (West) über eigens dafür geschaffenen Zutrittsmöglichkeiten aufgesucht und genutzt werden.“⁴⁹

In einer Zuarbeit vom 22. September 1986 für die im Zwei-Monatsrhythmus stattfindenden Beratungen zwischen Oberst Hauck und dem Kommandeur des Grenzkommando Mitte ergänzt der Leiter der Abteilung VII der MfS-Bezirksverwaltung Potsdam Oberleutnant Thoß:

„Die politisch-operative Lage an der Staatsgrenze zu Berlin(West) im Bezirk Potsdam ist durch ein Ansteigen von Angriffen auf die Grenzsicherungsanlagen und durch einen verstärkten Druck auf die GÜSt gekennzeichnet.

[...] Besonders zugenommen haben die Risikobereitschaft der Straftäter und die Intensität der Tatausführung, was wiederum ausschlaggebend für die hohe politische Brisanz und Öffentlichkeitswirksamkeit dieser Straftaten ist.“⁵⁰

Trotz des ständigen Ausbaus der Grenzanlagen gab es im Bezirk Potsdam immer wieder Menschen, die einen Fluchtversuch wagten. Diejenigen, die diesen Schritt unternahmen, hatten häufig keinerlei Vorstellungen von dem weitverzweigten Überwachungsnetz an der Grenze und dem Grenzaufbau.

Bis Ende des Jahres 1961 konnten noch insgesamt 51.624 DDR – Bürger über die Grenzen fliehen. In den Jahren danach sank diese Zahl drastisch. Bis zum 31. Dezember 1988 flüchteten noch 216.283 Menschen, davon wählten 40.101 Personen, die sogenannten „Sperrbrecher“, den gefährlichen Weg über die innerdeutsche Grenze oder über die Berliner Mauer.⁵¹

Die Fluchten vieler Menschen endeten in den Untersuchungsanstalten des MfS. Allein durch die MfS-Bezirksverwaltung Potsdam wurden in der Zeit vom Bau der Mauer bis zum November 1989 ca. 2.044 Bürger wegen „versuchter Republikflucht“ verhaftet. Dabei spielte es keine Rolle, ob sie diesen

Fluchtversuch wirklich unternommen, sich nur darauf vorbereitet oder einfach nur Fluchtgedanken geäußert hatten.

Im gleichen Zeitraum leitete die Bezirksverwaltung Potsdam gegen ca. 1.114 Personen Ermittlungsverfahren wegen Hetze oder Staatsverleumdung, Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeiten, Widerstand gegen staatliche Maßnahmen, staatsfeindliche Verbindungsaufnahme, ungesetzliche Verbindungsaufnahme, ungesetzlicher Vereinsbildung und Missachtung staatlicher Symbole ein.⁵²

Nach heutigem Erkenntnisstand fanden an der Grenze im Bezirk Potsdam und in Berlin 215 Menschen den Tod.⁵³

Die folgende Dokumentation von exemplarisch ausgewählten Fluchten aus dem Bezirk Potsdam beschreibt die teilweise aus den MfS-Unterlagen erkennbaren Fluchtmotive und versucht, anhand von Dokumenten aus dem Bestand der BStU die tatsächlichen Fluchtumstände darzulegen.



3. Oktober 1961, 16.20 Uhr. Ein Armee-Hubschrauber der USA fliegt Zivilpersonen aus der Enklave Steinstücken nach Westberlin.

Foto: BStU, MfS, ZAIG/FO/585, Bild 3.

Regierung der
Deutschen Demokratischen Republik
Ministerium des Innern
Staatssekretariat für Staatssicherheit

BSU
00000

GVS

Postnummerierung: Potsdam
Datei: (Kundenkartei: 2)

Potsdam, den 08.02.79

Haftbeschluss

Der/Die
Name: [REDACTED]
Vorname: [REDACTED]
Geburtsdatum und -ort: [REDACTED] in Potsdam
Beruf: Student
Funktionsort: Pflz
Funktionsbereich: Staatssicherheit, [REDACTED]

Es wird dem oben angegebenen Criminal in Haft zu setzen.

Gründe der Verhaftung: [REDACTED] wurde von [REDACTED] in Escorte gestellt, der
sich dieser bereits schuldig hatte von Mitarbeitern aus, weil Jugendl
lichen aus der DDR beim illegalem Verlassen der DDR beihilflich
we reim/ [REDACTED] schlichte sich damit einverstanden und bereit gewiesen
als [REDACTED] die Grenzposten im Kontrollpunkt Ecklesaukreuzung durch
Das Einverständnis abzugeben. Damit die beiden Jugendlichen ungehindert
die Grenze nach Westberlin passieren können.

Der Minister:
Der Leiter der Abteilung (Kundenkartei: 2)

Beleg:

In den ersten Wochen nach dem Mauerbau versuchten viele Menschen über die Enklave Steinstücken zu fliehen. Hilfe fanden sie oft bei den Einwohnern. So mancher musste die Unterstützung mit einer langjährigen Freiheitsstrafe bezahlen.

Quelle: BStU, MfS, BV Potsdam, AU 84/61, Bd. 1, Bl. 31..

Quellenverzeichnis Kapitel 1 und 2

- 1 Vgl. Dieter Pohl: Justiz in Brandenburg 1945 – 1955. München 2001, S. 131 ff.
- 2 Vgl. Elke Fein u.a.: Von Potsdam nach Workuta. Potsdam 1999, S. 62 ff.
- 3 Zahlenangaben basieren auf dem aktuellen Forschungsstand der Gedenkstätte Sachsenhausen, Dr. Ines Reich.
- 4 Vgl. Jens Gieseke: Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90. Berlin 1998, S. 5 ff. Derselbe: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Berlin 2000, S. 34 ff.
- 5 Vgl. BStU, MfS, BV Potsdam, Objektvorgang 200/56, Bl. 19.
- 6 Vgl. Anja Spiegel: Die Stasi kam im Morgengrauen. Werder (Havel) 2002, S. 83 ff.
- 7 Vgl. BStU, MfS, Dokumentation über die Liegenschaften des MfS Nr. 1122, Bl. 71.
- 8 Vgl. ebenda Bl. 69.
- 9 Vgl. BStU, MfS, Dokumentation über die Liegenschaften des MfS Nr. 300, Bl. 178/179.
- 10 Vgl. BStU, MfS, Dokumentation über die Liegenschaften des MfS Nr. 1108, Bl. 18.
- 11 Vgl. Günter Förster: Die Dissertationen an der „Juristischen Hochschule“ des MfS. Berlin 1998, S. 4 ff.
- 12 Vgl. Jens Gieseke: Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90. Berlin 1998, S.19 ff.
- 13 Vgl. Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Berlin 2000, S. 312 ff.
- 14 Vgl. Jens Gieseke: Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90. Berlin 1998, S.19 ff.
- 15 Vgl. BStU, MfS, HA KuSch, Nr. 20841, Bl. 85.
- 16 Vgl. BStU, MfS, HA KuSch, Nr. 1358, Bl. 119 ff (35 hauptamtliche Mitarbeiter wurden in einem Nachtrag benannt und konnten deshalb keiner Dienst Einheit zugeordnet werden).
- 17 Vgl. BStU, MfS, HA KuSch, Nr. 21059, Bl. 2 ff.
- 18 Vgl. BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 1335, Bl. 1 ff.
- 19 Vgl. BStU, MfS, BV Potsdam, BdL-Dok, Nr. 400576, ohne Pag.

- 20 BStU, Außenstelle (ASt.) Potsdam: Fotomaterial, Struktur der BV Potsdam, Karte mit Kreisdienststellen. Potsdam 2004.
- 21 Vgl. Volker Koop: Den Gegner vernichten. Bonn 1996, S. 40 ff. Vgl. Detlef Kotsch: Das Land Brandenburg zwischen Auflösung und Wiederbegründung. Berlin 2001, S. 254 ff.
- 22 Vgl. Bernd Eisenfeld, Roger Engelmann: 13.8.1961: Mauerbau. Fluchtbewegung und Machtsicherung. Bremen 2001, S.18/19.
- 23 Vgl. Detlef Kotsch: Das Land Brandenburg zwischen Auflösung und Wiederbegründung. Berlin 2001, S. 255 ff.
- 24 Vgl. DDR Handbuch Bd. 1. Köln 1985, S. 418/419.
Die hier erfassten Flüchtlingszahlen umfassen die im Notaufnahmeverfahren registrierten Bürger.
- 25 Vgl. BStU, MfS, ZAIG, Nr. 72, Bl. 7. BStU, MfS, AS 109/65, Bd. 3, Bl. 266-267.
- 26 BStU, MfS, BV Potsdam, BdL-DOK, Nr. 400310, Bl. 4-5.
- 27 BStU, MfS, BV Potsdam, AS 5/61, Bd. VII, Bl. 157.
- 28 BStU, MfS, BV Potsdam, AS 3/61, Bl. 6/7.
- 29 Ebenda Bl. 33.
- 30 Gesetzblatt der DDR, Nr. 55. Verordnung vom 24.08.61. BLHA, Büchereinummer 4471, ohne Pag.
- 31 Vgl. BLHA, Rep. 471/15.1 Nr. 222, Bl. 4.
- 32 Vgl. BStU, MfS, BV Potsdam, AS 5/61, Bd. V, Bl. 49.
Vgl. Gesetzblatt der DDR Nr. 55. BLHA, Büchereinummer Nr. 4471, ohne Pag. Vgl. Dokumententeil. Tunnelflucht von 1961 aus Kleinmachnow – die Flucht war bei einem Flüchtling u.a. durch die Ausweisung aus Kleinmachnow und dem damit verbundenen Verlust des Geschäftes motiviert.
- 33 Vgl. dazu Hope Harrison: Wie die Sowjetunion zum Mauerbau getrieben wurde. In: Hans-Hermann Hertle, Konrad H. Jarausch, Christoph Kleßmann (Hg.): Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen. Berlin 2002, S. 80 ff.
- 34 Vgl. BStU, MfS, BV Potsdam, AOV 110/58, Bd. I, Bl. 6 ff.
Vgl. Bildbericht im Dokumententeil über den Brückenbau am Templiner See.
- 35 Vgl. Bernd Eisenfeld, Roger Engelmann: 13.8.1961: Mauerbau. Fluchtbewegung und Machtsicherung. Bremen 2001, S. 41 ff.
- 36 BStU, MfS, ZAIG 4900, Bl. 3-6.
- 37 Vgl. Armee für Frieden und Sozialismus. Geschichte der Nationalen Volksarmee. Militärverlag der DDR 1985, S. 246.
- 38 BLHA, Rep. 401, Nr. 1395, ohne Pag.
- 39 Vgl. BLHA, Rep. 530, Nr. 2393 u.2395, ohne Pag.
- 40 BStU, MfS, BV Potsdam, AS 5/61, Bd. XI, Bl. 72. Die Zahlenangaben erfolgten ohne Berücksichtigung der Kreisdienststellen Nauen, Königs Wusterhausen und Gransee. Vgl. Urteilsbeispiel im Dokumententeil. Vgl. im Dokumententeil: Berichte der Kommandeure der Bewaffneten Kräfte im Bezirk Potsdam vom 30.08.61.
- 41 Vgl. BLHA, Rep. 401, Nr. 3771, ohne Pag. Vgl. BStU, MfS, AS 19/82, Bl. 38 ff. Vgl. auch Meldung des Operativstabes der BDVP Potsdam vom 04.10.61 im Dokumententeil. Im Gegensatz zum MfS-Bericht wird hier von 30 Personen gesprochen, denen die Flucht gelungen ist.
- 42 Vgl. BLHA, Rep. 471/15.1, Nr. 222, Bl. 1-5.
- 43 Vgl. BLHA, Rep. 471/15.1 Nr. 217, Bl. 113.
- 44 Bernd Eisenfeld, Roger Engelmann: 13.8.1961: Mauerbau. Fluchtbewegung und Machtsicherung. Bremen 2001, S. 52/53. Vgl. Dokumententeil: Einsatz der Grenzpolizei/Grenzverlauf/ Grenzbefestigung/ der Umlandsgrenze/Stand Okt. 1961. BStU, MfS, AS 19/82, Bl. 31 ff.
- 45 Dienstanweisung Nr. 1/76. BStU, MfS, BV Potsdam, BdL-Dok., Nr. 400030, Bl. 5.
- 46 Information an die Leiter der Dienstseinheiten der BV Potsdam vom 30.06.1983. BStU, MfS, BV Potsdam, AKG 13, Bl. 44-45.
- 47 Vgl. 72. Pressekonferenz der Arbeitsgemeinschaft 13. August. BStU, MfS, BV Potsdam, Abt. XXII, Nr. 1126, ohne Pag.
- 48 Vgl. Günter Förster: Bibliographie der Diplomarbeiten und Abschlussarbeiten an der Hochschule des MfS. Berlin 1998, S. 22 ff.
- 49 BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 374, Bl. 3 ff.
- 50 Ebenda, Bl. 40 ff.
- 51 Vgl. Volker Koop: Den Gegner vernichten. Bonn 1996, S. 106/107.
- 52 Vgl. Vorläufiges Analyseergebnis aus der Haftkartel F18/C1 der BV Potsdam. BStU, ASt. Potsdam 2004.
- 53 Vgl. Pressemitteilung vom 13. August 2003 der „Arbeitsgemeinschaft 13. August“.